



Lindauer Hoybote

Seite 2 Bunte Tagungsstandpunkte
Die Visionäre gehen, die Schulden bleiben!

Seite 3 Unser Klima im Wandel (4)
Es ist Zeit, zu reagieren!

Seite 4 Erst Schulpreis, dann Nobelpreis
LZ-Maulkorb für die aktivsten BürgerInnen

Statt vollmundiger Phrasen und leerer Wahlversprechen:

Plädoyer für eine neue Bescheidenheit

Die globalen Veränderungen, allen voran der Wirtschafts-, Energie- und Klimawandel, sparen Lindau nicht aus. Billig-Tourismus, Überangebote im Tagungsgeschäft, Firmenverlagerungen, unsicherere Arbeitsplätze, Lohndumping, Preissteigerungen, abnehmende Kaufkraft, Energieverknappung und -verteuerung, steigende Temperaturen, Unwetter und Luftverschmutzung, rückläufige Steuereinnahmen und Fördermittel, hohe Verschuldung, machen Zukunftsprognosen und politische Entscheidungen immer schwieriger. Die politischen Theorien und Programme der Wirtschaftswunderzeit nach 1945 haben ausgedient. Die herrschende entfesselte globale neo-liberale „new economy“ verschärft die Probleme, anstatt sie zu lösen.

Neue, zukunftsweisende, ja radikale Änderungen sind notwendig!

Während die politischen und wirtschaftlichen Gremien der Stadt (Stadtrat, Verwaltung, Verbände, IHK, Banken, etc.) mehrheitlich noch den überholten Ideologien von Wachstum und Beschleunigung und den Einheitskonzepten der externen (Marketing-) Berater anhängen, denken die Bunten schon weiter. Wir setzen auf nachhaltige Lösungskonzepte von morgen, der „Nach-Ölzeit“.

Unser Gesellschafts-Konzept heißt:

Öko-Stadt Lindau - ein ganz besonderes Alleinstellungsmerkmal

Zunächst den „Marktstrategen“ ins Stammbuch: Lindau im Bodensee ist ein „einmaliges, besonderes Alleinstellungsmerkmal“. Dies sollte der Dümmste inzwischen begriffen haben. Kaum eine andere Stadt in Europa besitzt Vergleichbares: Lage am größten See Deutschlands, Bergpanorama, alte kulturträchtige Stadt in schönster Landschaft, Drei-Staaten-Eck, Stadtzentrum auf einer Insel, Zentrumsbahnhof, einmaliger Hafen mit großen Ausflugsschiffen, Flaniermeile mit südländischem Flair, beste Infrastruktur, fußläufige, verkehrsberuhigte Distanzen, Kultur-Angebote auf Weltniveau im engen Umkreis und vieles mehr. Jeder Einheimische weiß das. Und die Teilnehmer der großen Kongresse, Urlauber und Besucher schätzen diese Werte ebenfalls. Sie kommen vorwiegend derentwegen. Dieses Bewährte erhalten, Mängel beseitigen, Notwendiges maßvoll anpassen und entwickeln, ist die gesellschaftspolitische Aufgabe. Die „Öko-Insel“ vor allem, bedarf keiner weiteren Verwüstung durch bauliche Verdichtung und monströse, flächen- und energiefressende Bauwerke, wie: zweites Kongresszentrum, Tagungshotel, Luxus-Wohnanlagen, Parkhäuser, Unter- oder Überführungen.

Die Bunte Liste sieht unsere Stadt durch die Machenschaften der Vertreter des wirtschaftsliberalen Zeitgeistes gefährdet. Ein Lindau, das weitere hunderte Jahre leben soll, braucht radikal neue Werte. Unsere Vorstellung einer „Öko-Stadt Lindau“ folgt der Idee der europäischen „slow food“- und „cittaslow“- Bewegungen.

Unsere gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Ziele sind:

- Ausstieg aus dem neoliberalen Zeitgeist, dessen Fesseln (Sachzwänge, Schulden, Entdemokratisierung), Methoden (Privatisierung, Verkäufe) und finanziellen Risiken (weiteren Schulden für unsere Kinder)
- Freimachen von kurzlebigen Zeitgeist-Markt-Trends, Groß-Events, bei denen alle mittelfristig nur verlieren, von Mittelmäßigkeit und Verflachung; Freimachen von teuren externen Gutachtern und „Einflüsterern“
- Herausstellen, Wahren und Entwickeln der eigenen Identität und Besonderheiten
- Über Generationen denken, sich auf die eigenen Erfahrungen und Fähigkeiten stützen, einen Wertewechsel herbeiführen, eigene unkonventionelle Wege gehen
- Weg von „fast-food“, Masse, Tempo, Verkehr, Lärm, Dreck und Energieverschwendung
- Hin zum „Entschleunigen“, mehr Zeit, Achtsamkeit, Gelassenheit, Freundlichkeit, Sparsamkeit, Qualität, Nachhaltigkeit,

Lindau ist wie geschaffen, Mit-Vorreiter dieser neuen Bewegung zu werden. Lindau gehört bereits dem „Europäischen Klimabündnis“ an (seit 1993) und die Oberbürgermeisterin den „ökologischen BürgermeisterInnen“. Wichtige Vorarbeiten leisten auch seit Jahren starke Agenda 21-Arbeitsgruppen in unserer Stadt.

Wie das alles gehen soll? Wir von der Bunten Liste haben dazu klare Vorstellungen. Lesen Sie auch unser politisches Programm zur Kommunalwahl 2008 und lassen Sie uns danach miteinander reden!

LOTHAR HÖFLER



Beschaulichkeit pur, Kontemplation, Recreation... ein Wert an sich, den manche nicht erkennen

“Sonst werden sich die Kinder rächen ...”

Wir kämpfen für eine bessere Schule

Das Recht auf Bildung ist eines der kulturellen Menschenrechte. Der UN-Sonderberichterstatter Vernor Muñoz inspizierte in diesem Zusammenhang im Februar 2006 Deutschland. In seinem in Berlin veröffentlichten Bericht vom 21. Februar 2006, kritisierte Muñoz die Chancenungleichheit im deutschen Bildungssystem. Das deutsche Schulsystem rufe insbesondere eine Trennung sozialer Schichten hervor, in dem Kinder der unteren Schicht in Hauptschulen überrepräsentiert und an Gymnasien eher unterrepräsentiert sind.

Des Weiteren kritisierte Muñoz, gravierende Unterschiede in der Bildungsqualität einzelner Bundesländer. Er verweist dabei auf den Bund, der die Länderkompetenzen in Bildungsfragen weiter einschränken solle. Dieser müsse ein einheitliches und chancengleiches Bildungssystem für alle Menschen gewährleisten können.

Eigentlich wäre es Aufgabe des deutschen Staates, das Gleichgewicht bei den Bildungschancen herzustellen. Aber der Staat tut es nicht. Im Gegenteil: Er organisiert die Benachteiligung und alle schauen zu!

Aus diesem Mißstand heraus haben sich in den letzten vier Jahren über 125 freie Schulen in Deutschland entwickelt, d.h. pro Monat werden 3 neue Schulen gegründet. Und es gibt noch engagierte SchulleiterInnen, die unter Einsatz aller Kräfte, ihre Regel-Hauptschulen umstrukturieren. So werden z.B. in Wiesbaden an der Heinrich-von-Kleist-Hauptschule seit 3 Jahren auch Realschüler unterrichtet. Diese Schule wird so gut angenommen, dass inzwischen Kinder abgelehnt werden müssen, weil nicht genug Platz da ist.

Rückgang der Kinderzahlen - Chance für pädagogische Verbesserung nutzen

Doch eigentlich sind die Chancen für eine grundlegende Veränderung noch nie besser gewesen als jetzt. Wir haben immer weniger Kinder und die Kommunen stehen bald vor der Frage: Was machen wir mit unseren Stadtteilschulen? Wir müssen sie nicht schließen. Wir können unsere Schulen in jedem Stadtteil erhalten und die Kinder für längere Zeit

zusammen unterrichten. Jahrgangübergreifender Unterricht ist in aller Munde. Das funktioniert, es gibt genügend positive Erfahrungswerte und Konzepte. Mit der Einführung jahrgangübergreifenden Unterrichts muss endlich das drei- bzw. viergliedrige Schulsystem verschwinden. D.h. die Kinder bleiben länger zusammen in einer Klasse, werden individuell gefördert und entscheiden frühestens ab der 8. Jahrgangsstufe, in welche Richtung sie gehen wollen. Jetzt müssen die Kommunen aktiv darauf hinwirken, dass sich was verändert. Denn unsere Bayerischen Landespolitiker sind dazu zu träge und behaupten immer noch, dass sich unser Schulsystem bewährt. Bis München oder Berlin aufwacht, darauf können wir nicht mehr warten.

Denn: Ein Ausselektieren der Kinder mit 10 Jahren ist unmenschlich! Und das muß endlich aufhören.

BÄRBEL HEUMANN
(Familien- und Kinderbeauftragte im Stadtrat Lindau)

Ökologisch. Sparsam. Gerecht.

Bunte Tagungsstandpunkte

Die Bunte Liste ist ein Gemenge politisch interessierter Menschen. Wir haben eine klare Vision von der Zukunft unserer Heimatstadt. Dies unterscheidet uns vom Großteil unserer StadtratskollegInnen.

Aus unserer Sicht gehört das Tagungsgeschäft nicht zu den Pflichtaufgaben einer Stadt. Es ist nicht zu verstehen, warum landauf-landab das Zusammentreffen von Menschen mit Steuergeldern bezuschusst wird. Geld, das bei unseren Pflichten wie Schulen und Kindergärten schmerzhaft fehlt. Wer heute vor der Inselhalle steht und zum Schluss kommt, sie sei veraltet und baufällig, müsste bei gleichem Maßstab alle städtischen Schulen platt machen und neu bauen. Mit diesem Standpunkt könnte sich die Bunte Liste zurücklehnen und amüsiert das unsägliche Gewürge der bürgerlichen Fraktionen zum Thema Tagung verfolgen. Aber wir Bunten sind nicht nur Visionäre, sondern auch gute Demokraten. Wenn nun eine große Mehrheit des Stadtrates glaubt, eine neue oder bessere Tagungshalle zu brauchen, so bringen wir Bunten uns ein und versuchen natürlich, so viel wie möglich von unseren Visionen einzubringen.

Ökologisch tagen

Wir bevorzugen natürlich einen nachhaltigen Umgang mit Grund und Boden, Energie und Rohstoffen. Darum steht für

Neue Kongresshalle?

Die Visionäre gehen, die Schulden bleiben!

„Der KONGRESS tanzte...“

...schon ganz bescheiden in der alten Sängersalle, solange es diese noch gab, - ja, auch die „Noblen“ -, die Psychos sowieso, - sind eh normale Leute!

Wer die jetzige Diskussion über die „Tagungsstadt“ Lindau einordnen oder überhaupt verstehen will, sollte sich der Mühe unterziehen, die vorhandenen Fakten kritisch zu durchleuchten bzw. zu hinterfragen; einerseits das lokale Umfeld, eingebettet im wirtschaftlichen Geschehen Deutschlands, Europas und auch ein bisschen „Global“.

Ausgelöst durch den beabsichtigten Rückzug der Bahn, bzw. des Bahnhofs von der Insel nach Reutin, ist die Gegenwehr der Stadt, den Bahnhof auf der Insel zu belassen, eher verhalten ausgefallen, und zudem von der IHK durch ihr Vorpreschen konterkariert worden. Nahezu zeitgleich kamen die Problemlöser und „Retter aus der Not“ und offerierten das Modell der neuen Halle zum „Nulltarif“ - natürlich mit „uneigennützig“ Hilfe von Investoren. Leider wollten diese nur in die Bebauung und Veräußerung von Wohnbauten „behilflich“ sein, am Bau der Kongresshalle oder gar an dem laufenden Defizitbetrieb werde man sich nicht beteiligen können, denn, Investoren seien nun mal keine „Samariter“! - wer hätte das gedacht? Getragen von der sog. „bürgerlichen Mehrheit“ aus CSU und FB, die „ein Bekenntnis zur Tagungsstadt“ abgelegt hätten, legt die knapp wieder gewählte Obine ein Tempo vor, Lindau als Tagungsstadt zu „modernisieren“, mit unabsehbaren finanziellen Folgen. Der Tagungstourismus in Lindau generiert (lt. Herrn Schmid von Pro Lindau) eine Wertschöpfung von 5 Mio. Euro p.a., das entspricht in etwa 1 % der gesamten Wertschöpfung der heimischen Wirtschaft, hierfür wird aber der größte Teil der freien Steuermittel aufgewendet und hieraus resultiert auch der größte Teil unserer Schulden. Macht es dann noch Sinn, in einer bisher nicht da gewesenen Größenordnung, erneut in ein unstrittig defizitäres Vorhaben zu investieren? - Wer wären oder sind die Nutznießer dieser Investition, und wo ist deren Beitrag hierzu? Wer trägt das unternehmerische Risiko? - Das werden weder die IHK, noch deren Klientel und schon gar nicht die behilflichen Investoren sein, - sondern der Lindauer Steuerzahler!

Lindau im Jahr 1982 und danach

In Lindau „regierte“ wohl schon ca. 18 Jahre (es sollten noch mehr werden) ein OB Steuerer (parteilos), der aus dem Finanzamt kam und den Ruf eines Finanzfachmanns hatte. Die Finanzen Lindaus galten als solide: Für 28 Mio. DM wurde die Inselhalle erbaut - der Schuldenstand der Stadt stieg auf ca. 35 Mio. DM! Es folgten noch fünf Jahre OB Steuerer, zwölf Jahre OB Müller und seither, ab dem Jahr 2000, Frau OB Seidl.

Das Umfeld

In Bonn hatte im Herbst der studierte Historiker Helmut Kohl den Weltökonom Helmut Schmid in der Regierung abgelöst, die Mauer in Berlin war noch dicht wie die Grenzen nach Osten insgesamt, die EU war noch klein und bestand im Wesentlichen aus den wohlhabenden Staaten Westeuropas. Rückblickend würde man heute sagen, der Wohlstand in Deutschland hatte seinen Zenit erreicht, bei relativer Vollbeschäftigung, aber sich bereits abzeichnender Zunahme der Arbeitslosigkeit. Wie Frau Merkel heute, so entzog sich auch Helmut Kohl gerne der Mühsal des Regierens im Lande, und mutierte zum „großen Europäer“, d.h. er ist einer der Verursacher der übereilten Vergrößerung der EU, die wesentlich mit deutschen Steuergeldern finanziert worden ist. Weil aber auch damals das Geld nicht gereicht hat, wurde nach ungueter Tradition die Staatsverschuldung zur „Normalität“. Diese Unsitte wurde von den Ländern und Kommunen übernommen, wir begannen ungeniert auf Kosten künftiger Generationen zu leben, so als sei es nun der

uns immer eine Sanierung, ein Umbau vor einem Neubau. Dies spricht klar für den Tagungsstandort Inselhalle. Auch die Zeitschiene spricht dafür. Die Vorschläge im Bereich Bahnhof und Hafen sind in den nächsten 10 Jahren nicht umzusetzen. Auch ist die Inselhalle am Eingang der Insel besser zu erreichen. Wenn wir also in die Inselhalle investieren, muss dies vor allem beim Thema Energieverbrauch geschehen. In Zukunft wird die wissenschaftliche Elite beim Treffen der Nobelpreisträger aus Klimaschutzgründen CO₂ - neutral tagen wollen. Die Bunte Liste wird dafür sorgen.

Sparsam umbauen

Obwohl die städtischen Einnahmen in den letzten drei Jahren recht ordentlich waren, ist es der Stadt nicht gelungen, ihren Schuldenberg abzubauen. Also geht auch beim Thema Tagen das Bezahlbare vor dem Wünschenswerten. Das heißt, teuer bezahlte Gutachten für üppige Raumprogramme wandern in die gut gefüllte Schublade. Dort befinden sie sich mit den Parkhausplänen in guter Gesellschaft. Die Parkplätze an der Inselhalle und am Karl-Bever-Platz müssen auch in Zukunft ausreichen.

„Normalzustand“! Helmut Kohl regierte uns 16 Jahre bis 1998, -sein Regierungsstil war gekennzeichnet durch „Aussitzen“ der anstehenden Probleme und erforderlichen Reformen, sein Minister Blüm hat die Bevölkerung genarrt, mit der Plakataktion: „Die Rente ist sicher“! (er meinte wohl seine Rente!)

Zurück zum Heute:

Im bundespolitischen Umfeld ist spätestens seit Mitte der Ära Kohl sichtbar und spürbar, dass der Einfluss der Wirtschaft auf die Parteien, durch deren Gier nach Spendengeldern, einen die Demokratie zerstörenden Charakter angenommen hat. Den freien Abgeordneten gibt es quasi nicht mehr, er stimmt grundsätzlich so ab, wie die Partei es von ihm erwartet, der bekannte Fraktionszwang. Die Folge waren erhebliche Steuererleichterungen zugunsten der Wirtschaft, angeblich der Schaffung von Arbeitsplätzen geschuldet, diese Hoffnung blieb leider unerfüllt! Schröders Spitzname: Genosse der Bosse! - Ironie der Geschichte: Die Partei der Genossen hat Hartz IV ermöglicht, Leiharbeit und „prekäre Beschäftigung“ bis hin zu Ein-Euro-Jobs in den Arbeitsalltag der Deutschen gebracht, - die Spirale nach unten ist eröffnet!

Der Druck von allen Seiten nimmt zu

Damit sollte verdeutlicht werden, dass der heutige „Otto Normalverbraucher“ sowohl dem staatlichen Steuer- und Abgabendruck in erhöhter Frequenz ausgesetzt ist, als auch dem Druck der Wirtschaft durch die zuvor genannten Beschäftigungsarten bei gleichzeitig schlechter werdender Bezahlung und rasantem Preisanstieg insbesondere im Bereich Energie und Lebensmittel. Diese Entwicklung ist angeblich der Globalisierung geschuldet und ist deshalb noch entwicklungsfähig, aber schon heute sind Überschuldung von ca. sieben Mio. Haushalten, Altersarmut und Kinderarmut in unserem Land Realität. Der „Arbeitsmarkt“ funktioniert als Marktfaktor nicht, bei hoher Arbeitslosigkeit, und so wird das untere Drittel der Gesellschaft zu Weltbürgern auf Hartz IV- Niveau!

Der politische Wille fehlt

Der politische Wille, die Auswüchse des Kapitalismus hin zur modernen Sklaverei durch Lohndumping zu verhindern, bzw. zu begrenzen, fehlt in Deutschland und der EU bisher, bzw. ist durch den übermächtigen Einfluss der Wirtschaft auf die Politik in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. „Globalisierung“ gab es auch schon vor 50 Jahren, die Nationalstaaten schützten sich mit Zöllen, weshalb sollte der große Wirtschaftsraum Europa hierzu nicht in der Lage sein? Es fehlt der politische Wille in Deutschland und Europa, soziale Standards für Arbeit zu definieren und deren Einhaltung auch durchzusetzen - den „Globalisierungswettlauf“ mit chinesisch-indischen Löhnen kann Europa nicht gewinnen, und sollte hierin auch keinen Ehrgeiz entwickeln, denn die Wirtschaft hat der Menschheit zu dienen, nicht die Menschheit der Wirtschaft! Inzwischen ist in Deutschland ein bedenklicher Aderlass in Gang gekommen, der uns mehr als nachdenklich machen sollte: Ca. 20.000 Wissenschaftler, Ärzte, Ingenieure und Facharbeiter jährlich verlassen das Land, die hier mit hohem Kostenaufwand ausgebildet wurden, aber hier keine Perspektive mehr sehen.

Was hat das mit Lindau zu tun?

Jetzt könnte ja beim Leser evtl. die Frage auftauchen, was das alles mit Lindau oder gar mit der neuen Kongresshalle zu tun haben soll? Zur Realität gehört, dass Lindau mit allen „Regiebetrieben“ einen Schuldenstand von ca. 100 Mio. Euro (ohne Regiebetriebe ca. 40 Mio. Euro) aufweist, und diese Verschuldung in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten angehäuft wurde. Die absehbar künftige wirtschaftliche Entwicklung, an deren Anfang wir erst stehen, lässt in keiner Weise

Gerecht finanzieren

Auch wie das Ganze finanziert werden könnte, hat die Bunte Liste im Stadtrat schon vorgeschlagen. Im Gegensatz zu CSU und FB brauchen wir dazu keine Gutachter. Ein Viertel der Kosten wird über den städtischen Haushalt bezahlt. In diesem Umfang nutzen jetzt und auch weiterhin die LindauerInnen mit Ihren Vereinen die Inselhalle. Damit der Haushalt das hergibt, wird die Gewerbesteuer kräftig erhöht. Übrigens auch ein Vorschlag vom CSU-nahen bayerischen Gemeindegtag! Die restlichen drei Viertel müssen aus der Tourismusbranche kommen. Über eine deutliche Erhöhung der Kurtaxe und Einnahmesteigerungen bei Pro-Lindau kann ein bescheidener Umbau finanziert werden.

Bunt wählen

Das Gewürge der Schwarzen kostet dem Stadtrat einmal mehr Respekt und Ansehen in der Bevölkerung. Aus Angst vor den eigenen WählerInnen ist die bürgerliche Mehrheit im Stadtrat wie gelähmt. Da hilft nur eins: Den Lindauer Rat mit frischem Schwung aufmischen - mit Ihrer Stimme am 2. März für die Bunte Liste.

ULI KAISER

erwarten, wir würden den „alten“ Wohlstand wieder erreichen können. Die Lindauer Bevölkerung sollte der Versuchung widerstehen, sich von „Visionären der Wirtschaft“ oder den klugen Köpfen der Verwaltung auf das Glatteis einer erneuten Verschuldung locken zu lassen, denn -abgesehen vom mehr als fraglichen Verschuldungsgrund- die Visionäre gehen, die Schulden bleiben! Wer bekennt sich heute vernehmbar zu seiner Mitverantwortung am wirtschaftlichen Misserfolg der Inselhalle? Wo sind die Visionäre und klugen Köpfe von einst? Auch deshalb:

Keine neue Kongresshalle ohne BÜRGERENTSCHEID!

Bedarf? Sinn? Rentabilität?

Gibt es für eine neue größere Kongresshalle einen wirklichen Bedarf? Ist es wirtschaftlich sinnvoll, dem Wunsch einer Tagung zu folgen (Nobelpreisträger) und hierfür zu bauen? Den Psychos reicht was da ist, kleinere Verbesserungen nicht ausgeschlossen, aber man kann sich arrangieren! Alle anderen Ereignisse im „Tagungsgeschäft“ sind kleiner, ob man mit einer vergrößerten Halle neue „Kunden“ gewinnen könnte, ist mehr als fraglich, - garantieren können das die Befürworter eines Neubaus auch nicht!

Die Konkurrenz ist hart und das Tagungsgeschäft ist defizitär, d.h. es kostet den Betreiber Geld. Deshalb wollen ja Investoren nicht ins Tagungsgeschäft, sondern eher in Hotel u.ä., aber am liebsten wäre ihnen die Bebauung der Hintere Insel. Jeder mögliche Investor, in diesem Fall z.B. die Stadt Lindau, muss sich der Frage nach Sinn und Rentabilität seiner Investition stellen, auch und gerade wenn es um Steuergelder geht. Der Sinn einer solchen Investition erschließt sich aus der möglichen Bahnhofsverlegung, die zudem noch „in weiten Säcken hängt“, ganz sicher nicht, und diese Überlegung ist geradezu absurd, wenn man berücksichtigt, dass man ja schon eine Kongresshalle hat, welche nun zugegeben aber schon 25 Jahre alt ist, und die man heute so nicht mehr bauen würde. Dass die bestehende Halle weder bezahlt ist, noch für andere Zwecke nutzbar erscheint, - Schilda lässt grüßen! Die Nicht-Rentabilität ist selbst bei den Befürwortern eines Neubaus unstrittig, - der Zuschussbedarf wird sich auf ca. 1,7 bis 2,0 Mio Euro pro Jahr bewegen, und damit weit jenseits der finanziellen Möglichkeiten der Stadt Lindau! Das trifft allerdings auch für einen aufwändigen Umbau der Inselhalle zu, wie von der Gruppe Peliko vorgetragen, auch 20 bis 25 Mio. sind nicht zu finanzieren!

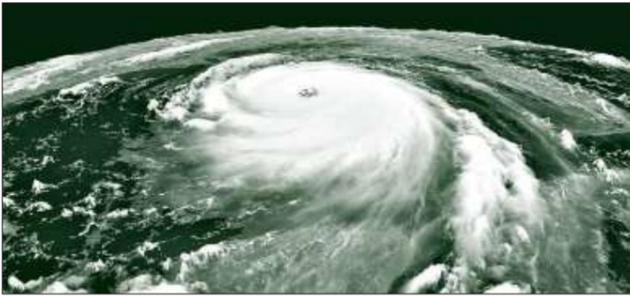
Deshalb: BESCHIEDENHEIT!

Lindau sollte sich auf dieses Glatteis nicht begeben und notfalls auch die Tagung, deren Ansprüchen wir finanziell nicht gewachsen sind, ziehen lassen, - wir sind eine Kleinstadt und wissen, dass es Städte mit mehr Geld gibt, die auch kluge Köpfe in der Verwaltung haben, - aber lieber ihre Schulen sanieren! In einem sich rapide verschlechternden wirtschaftlichen Umfeld, wäre es ehrenvoll und vernünftig, alle Mühe darauf zu verwenden, die bereits vorhandenen Schulden zu „halbieren“, um für schlechtere Zeiten gewappnet und handlungsfähig zu bleiben, die künftige Entwicklung zu beobachten, und sollte dann Geld vorhanden sein, dieses in dann notwendige Vorhaben künftiger Generationen zu investieren! Das gebietet die Vernunft und der Respekt für uns nachfolgende Generationen. Deshalb, keine neuen kostenträchtigen Denkmäler, mit dem Sparen beginnen, jetzt - nicht warten...

...bis die Lichter ausgingen!“

ADOLF TIEDEMANN





Unser Klima im Wandel (4)

Zeit, zu reagieren!

Lokale Antworten auf ein globales Problem

Nach der Bestandsaufnahme ist nun der Zeitpunkt für Schlussfolgerungen gekommen. Es ergeben sich drei wichtige Aspekte:

1. Die Bedrohung durch den Klimawandel:

Um einen gefährlichen Klimawandel zu verhindern, müssen die Treibhausgase - allen voran CO₂ - schon in den nächsten Jahren sinken, um bis etwa 2050 das Ziel von 50% global zu erreichen. In den Industriestaaten um 80%, bzw. um 2% pro Jahr.

2. die Bedrohung durch Bevölkerungswachstum, Wasser- und Nahrungsmangel:

40% der globalen Landfläche werden für die Ernährung genutzt. Eine Fläche der Größe Südamerikas für die pflanzliche, eine der Größe von Afrika für die tierische Produktion. Der Netto-Flächenzuwachs beträgt noch 0,6%, das Wachstum der Weltbevölkerung 1,2% pro Jahr. Weitere geeignete Flächen gibt es kaum noch, durch den Klimawandel werden diese sogar weniger. Da für eine ausreichende Ernährung ca. 1.300 m³ Wasser pro Kopf und Jahr nötig sind, dürften für die 9,5 Milliarden Menschen im Jahr 2050 jährlich ca. 3.900 km³ Wasser, d.h. 28% des Bedarfs fehlen. Deshalb ist an ein Besiegen des Hungers kaum noch, an eine ausreichende Ernährung der Weltbevölkerung nicht mehr zu denken. Hinzu kommt, dass bis etwa 2030 allein durch das Wachstum der Städte weltweit ca. 60 Millionen Hektar wertvollste Ackerflächen, das ist etwa die gesamte landwirtschaftliche Fläche Europas, wegfallen werden. Lindau hat an der Autobahn bereits einen Beitrag dazu geleistet. Durch die rasch wachsende Nachfrage nach Bio-Treibstoffen in den reichen Ländern entsteht ein neuer globaler Konflikt, der die zur Nahrungsproduktion verfügbaren Flächen weiter reduziert, deren Preise in die Höhe treibt und damit asozial macht. Auch der stark wachsende Fleischkonsum zwingt schließlich noch einmal große Mengen effizienter pflanzlicher Nahrungsmittel zur ineffizienten Fleischproduktion ab. In den Meeren droht durch Überfischung ein Kollaps der Fischbestände, wobei es erste Beweise gibt, dass die Erholung leergefischter Bestände auch ausbleiben kann.

3. Die Bedrohung durch Verknappung und Versiegen vieler Rohstoffe und Energien:

Das Ziel, durch rein materiellen Wohlstand Frieden in der Welt zu verbreiten, wird schon an den fehlenden Rohstoffen scheitern: Da 20% der Welt-Bevölkerung, zu denen wir auch gehören, bereits 80% der Rohstoffe und 50% der Energie verbrauchen, wären - bei unserem Lebensstil für alle Menschen - zwei Planeten erforderlich. Zudem bedrohen Rohstoff-Ausbeutung und Flächenverbrauch zusehends die Lebenserhaltungssysteme des Planeten, an denen auch wir hängen. Der in den reichen Industriestaaten relativ „saubere“ Verbrauch an Rohstoffen und Energie täuscht über die globale Situation hinweg: die Treibhausgase - als Ursache des Klimawandels bislang ignoriert - sind erst am Beginn ihrer Auswirkungen, die Nebenwirkungen des Ressourcenverbrauchs werden dorthin verlagert, wo die meisten Rohstoffe herkommen, der Abfall hinwandert, die Produktion durch fehlenden Umweltschutz billig wird, unser teurer, nachsorgender Umweltschutz nicht bezahlbar ist, Menschenrechte ein Fremdwort sind, Macht statt Recht regiert: in die Entwicklungs- und Billigländer. Damit ist die heutige Wirtschaftsform, vor allem der Industriestaaten, mit den Bedingungen, die für die nachhaltige Existenz von 6,5 Milliarden Menschen schon heute eingehalten werden müssten, nicht vereinbar. Eine Wirtschaftsform, die eines laufend steigenden materiellen Konsums bedarf, die sich für gesund hält, wenn Rohstoff- und Energieverbrauch steigen und die Nebenwirkungen ignorieren und exportieren muss, um zu funktionieren. Steigende Rohstoff- und Nahrungspreise, der immer schärfere Klimawandel, der dramatische Verlust an Artenvielfalt sind Anzeichen für absolute Grenzen, an die wir stoßen - sowie für die Zerstörung der Lebensgrundlagen: die bisherigen Grenzen waren relativ, bedingt durch fehlende Techniken und eine niedrigere Bevölkerung mit viel geringeren Ansprüchen.

„Weiter so“

Wenn es aber mit 10 Milliarden Menschen noch eine halbwegs friedliche Zivilisation geben und das Lebenserhaltungssystem des Planeten unseren Nachfahren und möglichst vielen unserer tierischen und



pflanzlichen Mitbewohner eine nachhaltige Existenz ermöglichen soll, müssen sich Politik, Wirtschaft und Bürger jetzt dazu aufraffen, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Ein weiterhin globales bis lokales Aussetzen und Nichtstun, d.h. das „Weiter so wie bisher“ ist bereits die Entscheidung, ohne sie treffen zu müssen.

Erschwerend kommen folgende Punkte hinzu:

1. Der Klimawandel ist ein hinterhältiges Phänomen: die Auswirkungen treffen erst mit ca. 40-jähriger Verzögerung auf die Treibhausgas-Emissionen ein. Maßnahmen dagegen sind deshalb nötig, lange bevor die Auswirkungen sichtbar sind.

2. Der CO₂-Ausstoß muss bereits in den nächsten Jahren mit ca. 2% pro Jahr sinken, um die globale Erwärmung überhaupt noch auf 2°C zu begrenzen. Der Verbrauch fossiler Energie muss daher sinken, lange bevor diese zur Neige geht.

3. Regenerative Energien und Bio-Treibstoffe sind kein Freibrief für weiterhin hemmungslosen Energieverbrauch: Beide sind teuer und decken nur einen Bruchteil des aktuellen Verbrauchs. Bio-Treibstoffe werden mit weiterem Klimawandel und steigender Bevölkerung zu einer immer schärferen Konkurrenz zur Nahrungsproduktion, zerstören durch enormen Flächenverbrauch noch intakte Lebenserhaltungssysteme oder produzieren mehr CO₂ als sie einsparen (Heizen mit Weizen, Mais zu Ethanol, Regenwald für Palmöl).

4. Neue, großtechnische Verfahren zur Reduktion der CO₂-Emissionen kommen viel zu spät, um in der Phase, in der diese sinken müssen, bereits einen nennenswerten Beitrag dazu zu leisten.

5. Es ist eine enorme Steigerung der Energie- und Rohstoff-Effizienz erforderlich: drastisch weniger Verbrauch für denselben Grund-Nutzen.

6. Effizienz hat nichts mit Recycling zu tun: Recycling befasst sich nur mit dem, was hinten rauskommt, Effizienz dagegen mit dem, was vorne reingeht. Und reduziert die Kosten für den teuren, nachsorgenden Umweltschutz.

7. Es gibt beim Klimaschutz keine bequeme Einzellösung, sondern fast nur mühsames Kleinvieh, d.h. es müssen praktisch alle Ursachen für Energie- und Rohstoffverbrauch auf den Prüfstand.

8. „Einer allein kann ja nichts dagegen tun“, sagen Millionen: es ist nur die Ausrede für das persönliche „Weiter so“ und zudem falsch, da der Beitrag jedes Einzelnen ja auch dazu geführt hat, dass es soweit gekommen ist.

9. Das „Weiter so“ allein im privaten Konsumverhalten von uns - sinnigerweise Verbraucher! genannten - Bürgern kostet ca. 30 - 40% Rohstoff- und Energie-Effizienz: wieviel Zerstörung unserer Lebensgrundlagen ist uns das Ungenutzlassen einfacher Gegenmaßnahmen aufgrund ästhetischer Gründe, wegen kleiner Änderungen des Konsumverhaltens, aus Bequemlichkeit und Gedankenlosigkeit wert?

10. Die weltweit noch naturbelassenen Flächen müssen definitiv für das Lebenserhaltungssystem des Planeten und die restliche Artenvielfalt reserviert bleiben, auch in und um Lindau.

11. Anpassungskosten müssen sozial abgedeckt werden, um finanziell schwache Menschen lokal bis global nicht von der effizienten Nutzung teurer Energien und Rohstoffe auszuschließen.

Handlungsfelder für die Stadt Lindau

Da Mitteleuropa durch seine relativ geringe Anfälligkeit für den Klimawandel für die Nahrungsproduktion Europas wichtiger wird, müssen die landwirtschaftlichen Flächen und Betriebe auch im Stadtgebiet unbedingt erhalten bleiben. Mit dem neuen Flächennutzungsplan, der Wiederverwendung vor Neuverbrauch stellt, hat das Gremium dieser Forderung zukunftsweisend Rechnung getragen. Da aber eingebaute Hintertüren einen Flächen-Neuverbrauch an praktisch allen Stellen zulassen, muss genau darauf geachtet werden, dass dieser nicht zum Feigenblatt des „Weiter so wie bisher“ verkommt.

Durch die demographische Entwicklung werden auch in Lindau immer mehr Gebäude verfügbar, so dass auch bei der Wohnbebauung die Wiederverwendung bebauter Flächen absoluten Vorrang vor Neuverbrauch haben kann und muss. Bei Neubauten muss die Stadt Lindau mehr als bisher Einfluss auf Energie- und Rohstoff-Effizienz sowie Klimaschutz nehmen. Da mit der Gebäudekonstruktion über Jahrzehnte festgelegt wird, und jetzige Neubauten auf hohe Energiepreise und den Klimaschutz hin ausgerichtet werden müssen, ist hier der Stand der Technik (das Plus-Energie-Haus) und nicht das Minimum (der Niedrig-Energiestandard) einzufordern. Weitere Pflichten sind die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude und deren Nutzung zur Stromproduktion. Die energetische Sanierung des Wohnungsbestands der GWG muss auf höchstem Niveau

fortgesetzt, geeignete Dächer müssen zur Stromproduktion genutzt werden. Durch die Kraft-Wärme-Kopplung kann die Energie-Effizienz der Heizanlagen durch die zusätzliche Stromproduktion enorm erhöht und das heizungsbezogene CO₂ von ca. 2 Tonnen pro Kopf und Jahr (ca. 18% der gesamten pro Kopf-Emissionen) erheblich reduziert werden.

Die Umstellung der Stromversorgung auf 100% CO₂- (und kernenergie-) freien Strom verbessert die CO₂-Bilanz Lindaus schlagartig um etwa 40.000 Tonnen pro Jahr.

Die Stadtentwicklung muß dezentraler erfolgen und das Stadtbussystem erweitert werden, um den motorisierten Verkehr bei der Erledigung täglicher Bedürfnisse zu reduzieren (siehe das Chaos am Lindau-Park). Frischluftschneisen müssen erhalten bleiben, um zukünftig die nächtliche Kühlung und Luftreinigung im Stadtkern zu erhalten.

Die gewünschte Investition in die Tagungsinfrastruktur muss neben einem für Lindau - ohne die heute üblichen finanziellen Abenteuer - leistbaren Umfang zusätzlich unter Klima- und Rohstoff-Vorbehalt gestellt werden und darf neben den dringenden Investitionen im sozialen Bereich auch die Maßnahmen zur CO₂-Reduktion und Energie- und Rohstoff-Effizienz nicht blockieren.

Der Hochwasserschutz muss ebenso wie eine konsequente Flächenentsiegelung weiter vorangetrieben werden, da besonders innerstädtische Hochwasser häufiger und stärker werden.

Ein großer Maßnahmenkatalog für die Stadt heißt aber nicht, dass wir Bürger uns zurücklehnen in der Annahme, das Ziel ist erreicht, wir können uns wieder dem privaten „Weiter so“ zuwenden, den Klimaschutz erledigen Staat und Kommunen.



Städtische Verwaltungsgebäude: Altbekannte kommunale Klimakiller

Verbraucher!

Als Millionenheer der Verbraucher! haben wir einen entscheidenden Einfluss auf den Verbrauch an Energie und Rohstoffen, so dass selbst unscheinbare Dinge über unsere schiere Anzahl riesige Ausmaße annehmen und trotz aller Effizienzsteigerungen Rohstoff- und Energieverbrauch immer weiter zunehmen, wie folgende Beispiele zeigen:

So werden für die Weihnachtsbeleuchtung in Deutschland 1% und für den Standby-Stromverbrauch elektrischer Geräte mit 3% des gesamten Verbrauchs deutschlandweit zwei Kernkraftwerke benötigt. Die oft mit Lächerlichkeit begründete Ablehnung von Energiesparlampen kostet weitere 8% unnötigen Stromverbrauch und in Deutschland jährlich ca. 4 Mio. Tonnen CO₂. Um diese Menge durch Photovoltaik nur zu kompensieren, würden über 60 Millionen m² PV-Anlagen für etwa 40 Milliarden Euro benötigt.

Trotz einer Effizienzsteigerung in der Papierproduktion liegt der deutsche Papierverbrauch heute bei 385 kg pro Kopf und Jahr.

So ist die enorme Nachfrage der Verbraucher! nach tonnen-schweren Pkws (für ein Auto mit 2,5 Tonnen werden 70 Tonnen Material bewegt und verbraucht), mit pro Kopf und km-Emissionen an CO₂ bis in den Bereich des Flugverkehrs, ein schwerer Rückschlag für einen effizienten Umgang mit Rohstoffen und Energie, aber zumindest weithin sichtbar. Das von „christlichen“ Politikern gekippte Tempolimit hat diese Fehlentwicklung weiter zementiert. Schließlich läuft auch die rasante Zunahme des staatlich geförderten Flugverkehrs dem staatlich geförderten Klimaschutz völlig zuwider.

Das besonders in Deutschland hohe Wissen um den Klimawandel und seine Folgen in der Bevölkerung muss sich im Konsumverhalten noch viel mehr als bisher auswirken.

Selbst die heutige Jugend, die als erste den größten Teil ihres Lebens erheblich unter den heutigen Versäumnissen zu tragen haben wird, ist erstaunlich ruhig.

PETER TRILOFF

(Die ungekürzten Artikel der Serie und die verwendeten Quellen finden Sie auf unserer Homepage: www.buntliste.de)

„Lindauer Zeitung“

Maulkorb für die 250 aktivsten BürgerInnen Lindaus

Alle, die für den Stadt- Kreis- oder Gemeinderat kandidieren, dürfen keine Leserbriefe mehr veröffentlichen - in der „Lindauer Zeitung“.

Die Begründung: Der Wahlkampf solle nicht auf den Leserbriefseiten stattfinden, die Kandidaten hätten sonst genug Möglichkeiten, sich zu äußern. Fragt sich nur „Wo?“ - Die Hochglanzbroschüren der meisten Parteien bieten hauptsächlich Köpfe und wenig Inhalte. Sie landen ja sowieso meist gleich im Papierkorb, also sparen sich viele Gruppierungen Hirnschmalz und Kosten für Herstellung und Porto. Veranstaltungen werden vorwiegend vom eigenen Fanclub besucht. Und in den Stadtratssitzungen dürfen ja nur die reden, die beim letzten Mal bereits gewählt wurden, die Kandidaten nicht.

Viele der Kandidatinnen und Kandidaten, die auf den Wählerlisten stehen, wollen ja gar nicht unbedingt ins Gremium gewählt werden, sondern wurden von Freunden



und Bekannten dazu überredet, Unterstützung zu signalisieren und für die Gruppierung ein paar Stimmen einzufangen. Auf jeden Fall handelt es sich hier um jene 250 Menschen, die außerordentlich an Kommunalpolitik interessiert sind und die Stadtpolitik aktiv gestalten.

Gerade diese Leute haben jetzt keine Möglichkeit mehr, ihre Meinung zu äußern und im Zusammenhang zu veröffentlichen. Statt dessen sollen sie „Presseerklärungen“ an die LZ senden, die nach Gutdünken der Redaktion oft auf einen Satz gekürzt werden. Wichtige Aspekte werden einfach weggelassen. Wenn die Aussagen dem Chefredakteur nicht in den Kram passen, wird noch die Meinung der Gegenseite beigelegt und so die Aussagen relativiert. Kandidaten von Gruppierungen, die besser in die „christlich-unabhängige“ Kultur passen, erhalten dagegen ein Exklusiv-Interview auf Seite Eins als Aufmacher mit dazu gehöriem Kommentar.

Die meisten Zeitungsleser, mit denen wir gesprochen haben, sagen: „Morgens schaue ich in der LZ zuerst nach den Todesanzeigen und dann nach den Leserbriefen. Dann kommt die Lokalseite 1, der Rest wird überflogen.“ Denn Recherche und Hintergrundberichte sind Mangelware, stattdessen findet

man neuerdings den „Kopf des Tages“ oder unkritische Artikel über äußerst fragwürdige „Schönheitsoperationen“ bei Jugendlichen. Bekanntermaßen hat die LZ Probleme mit ihren Abozahlen. Ein spannender Wahlkampf mit vielen interessanten und kostenlosen Leserbriefen käme also wie gerufen. Für diese zahlt die LZ nämlich kein Zeilenhonorar. Doch wie ein Schuss ins eigene Knie kommt nun also der Maulkorb, der lt. Chefredakteur Dirk Augustin „von oben“ verordnet wurde, den er aber voll unterstützte. Das ist schade.

Leider, leider hat die LZ noch eine Monopolstellung im Bereich des täglichen Lokalblatts. Und deshalb ist dieser Maulkorb ein Missbrauch dieses Monopols. Aber bereits in Friedrichshafen zeigt sich, dass dies nicht so bleiben muss. Hier hat sich eine zweite Tageszeitung etabliert, die als Konkurrenz das Geschäft sehr belebt und den Gääähfaktor erheblich verringert hat. Bis das auch in Lindau geschieht, können Sie darauf vertrauen, dass Sie wenigstens im Hoyboten auch noch eine andere Sichtweise der Lindauer Kommunalpolitik lesen können.

DR. ULRIKE LORENZ-MEYER

„Deutscher Schulpreis“, ein nobler Wettbewerb

Schulpreis vor Nobelpreis

Am bundesweiten Wettbewerb „Deutscher Schulpreis“ teilzunehmen, ist für viele Schulen mittlerweile höchst erstrebenswert. Erstens ist es durchaus für Kommunen eine besondere Auszeichnung, unter hoher Anteilnahme der Medien aus der Hand des Bundespräsidenten bzw. der Bundesbildungsministerin diesen Preis in Empfang nehmen zu dürfen. Zweitens ist es verbunden mit einem stattlichen Preisgeld für die jeweilige Schule.

Momentan bleibt eine Bewerbung für den „Deutschen Schulpreis“ für Lindauer Grund- und Hauptschulen nur ein Wunschtraum, denn sie würde allzu blamabel ausfallen. Bekanntermaßen hat die Stadt Lindau ihre Schulen die letzten Jahrzehnte so herunter kommen lassen, dass allein schon die baulichen Rahmenbedingungen für gute pädagogische Konzepte fehlen, die Grundvoraussetzung für eine Prämierung wären.

Für eine Stadt, die alljährlich Nobelpreisträger in ihren Mauern beherbergt - nach dem Willen von OB Seidl und ihrem CSU-Freie Bürger-Gefolge zukünftig in einer Zigmillionen teuren Kongresshalle - ein absolutes Armutszeugnis!

Skandalös wird der Vorgang vor dem Hintergrund, dass die Vorgenannten vor nicht allzu langer Zeit die Befürworter der „Wissensstadt Lindau“ gewesen sind! Bekanntlich war das Vorzeigeprojekt „Fachhochschule Lindau“ ein jämmerlicher Reifall und nur dank der Freien Schule konnte das Gebäude schnellstmöglich optimal weiter genutzt werden. Mittlerweile wollen viele Lindauer Eltern ihre Kinder nicht mehr in marode und altertümliche Schulen geben und kehren Lindau den Rücken - sicherlich auch noch wegen des verkrusteten bayerischen Schulsystems. Viele haben das Heft selbst in die Hand genommen und die vorgenannte Freie Schule gegrün-

det. Immer mehr Eltern bringen ihre Kinder lieber ins württembergische Ausland, in Schulen nach Bodnegg, Wangen oder Friedrichshafen. Die Gemeinden Weißensberg und Sigmarszell übernehmen freudig die günstigeren Gastschulbeiträge für Kinder, welche z.B. die Ganztageschule in Bodnegg besuchen.

Für die Bunte Liste ist es deshalb unerlässlich, dass die Stadt sofort handelt und diese Entwicklung umkehrt. Um die Schulen sanieren zu können, ist es logischerweise notwendig, Geld in die Hand zu nehmen. Wir plädieren deshalb bei allen hochtrabenden Projekten, die in den Köpfen der Bürgerlichen herum spuken und wieder einmal in abgedroschenen Slogans („Tagungsstadt Lindau“) postuliert werden, größte Bescheidenheit walten zu lassen. Es ist sicherlich auch Nobelpreisträgern zu vermitteln, dass diese in einer weniger komfortablen Inselhalle tagen dürfen, weil die Stadt Lindau ihr Geld lieber in künftige NobelpreisträgerInnen investiert. Die CSU-Staatsregierung könnte unterstützend wirken, indem sie auf den völlig überflüssigen Transrapid verzichtet und den Kommunen stattdessen die freiwerdenden Milliarden als zinsgünstige Darlehen für die Sanierung von Schulen zur Verfügung stellt. Vielleicht bleibt es dann kein Wunschtraum und VertreterInnen einer Lindauer Schule dürfen in naher Zukunft den Deutschen Schulpreis durch den Bundespräsidenten, vielleicht während der Nobelpreisträgertagung in der Inselhalle oder beim Kinderfest, in Empfang nehmen.

MATTHIAS KAISER

LINDAU ODER GROSSKOTZ- HAUSEN?

SIE HABEN DIE WAHL:
AM 2. MÄRZ



www.bunteliste.de

Impressum

V.i.S.d.P. KarlHeinz Brombeis, Hasenweidweg 31, 88131 Lindau (B)

Auflage: 12.000 Exemplare

Satz, Layout und Produktion: Pit Hartmann

Klimawandel, Verkehrspolitik und Eisenbahn

Lesung, Buchvorstellung und Diskussion mit Dr. Winfried Wolf (Ex-MdB)

Mittwoch, 13. Februar 2008, 20 Uhr

Haus der Dialoge, Bahnhof 1 b

Veranstalter: Bunte ListeLindau, attac Lindau

BN-Podiumsdiskussion mit den Landratskandidaten

Auf den Zahl gefühlt werden soll den Kandidaten in allen Angelegenheiten von Natur- und Umweltschutz. Ganz aktuell sind Klimaschutz und Flächenverbrauch, aber auch regionale Themen wie Hochwasserschutz und Trinkwasserversorgung stehen auf dem Programm. Und natürlich können Interessierte Fragen stellen.

Montag, 18. Februar 2008, 20 Uhr

Inselhalle Lindau

Veranstalter: Bund Naturschutz, Kreisgruppe Lindau

